



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Schwamberger, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Mehr Verwaltungskräfte für Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 428 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 05 12 wird der Ansatz im Tit. 428 01 (Entgelte der Arbeitnehmer (ohne Lehrkräfte)) von 59.660,2 Tsd. Euro um 188,0 Tsd. Euro auf 59.848,2 Tsd. Euro erhöht. Mit den Mitteln werden 470 Stellen der EGr. E 5 (Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer) für Verwaltungskräfte an Grund- und Mittelschulen in EGr. E 6 gehoben. Der Stellenplan wird entsprechend geändert.

Im Stellenplan Kap. 05 21 Tit. 428 01 ((a) Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, Verwaltungskräfte an Schulen) werden von den 370 zusätzlichen Stellen mindestens 200 Stellen für die Grund- und Mittelschulen vorgesehen.

Begründung:

Verwaltungsangestellte haben zum einen die Aufgabe, die Schulleitung bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Das ist durch die Coronapandemie noch wichtiger geworden, denn viele Schulleitungen sind durch die unzähligen Aufgaben an der Belastungsgrenze angelangt. Verwaltungsangestellte sind zum anderen verantwortlich für die Effizienz des Schulsekretariats. Neben zahlreichen anderen neuen Aufgaben wie die Überprüfung der Masernimpfpflicht hat vor allem der Angriffskrieg gegen die Ukraine Auswirkungen auf die Arbeit der Verwaltungskräfte. Die Grund- und Mittelschulen haben über 60 Prozent der ukrainischen Kinder und Jugendlichen aufgenommen (vgl. Drs. 18/25070). Die Verwaltungskräfte kümmern sich intensiv um diese Kinder und ihre Familien. Das bringt eine zusätzliche Mehrbelastung für sie mit sich. Darum muss die Bezahlung dieser Personen endlich durch eine zeitgemäße Eingruppierung angepasst werden.

Zudem sind viele Sekretariate an Grund- und Mittelschulen schon seit Jahren unterbesetzt. Dieser Missstand muss sukzessive behoben werden. Darum muss die Hälfte, der im Entwurf des Haushaltsplan 2023 vorgesehenen neuen Stellen für Verwaltungskräfte, an Grund- und Mittelschulen gehen.